



Antwort zur Anfrage Nr. 0728/2022 der Stadtratsfraktion DIE LINKE betreffend **Kommunale Fallkonferenzen (DIE LINKE)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. Welche konkreten Schritte hat die Stadtverwaltung seit dem 19. September 2020 unternommen, um kommunale Fallkonferenzen in der Stadt Mainz möglich zu machen?

Die Stadtverwaltung Mainz hat noch einmal mit dem Land Kontakt aufgenommen und um Wiederaufnahme der Arbeit der Landesgruppe gebeten. Leider kam es bis zum heutigen Zeitpunkt zu keinem erneuten Treffen.

2. Wann ist damit zu rechnen, dass der entsprechende Antrag 1101/2019 in den städtischen Gremien behandelt und zur Beschlussfassung freigegeben wird?

Die Verwaltung plant für das 4. Quartal einen Sachstandsbericht vorzulegen.

3. Welche Erkenntnisse hat die Stadtverwaltung inzwischen über die Verwirklichbarkeit und Kosten von möglichen kommunalen Fallkonferenzen?

Bedingt durch die Arbeit der Clearingstelle Krankenversicherung RLP gelingt nach unseren Informationen immer wieder eine gute Zuführung zum Krankenversicherungssystem. Zu den möglichen Kosten kann aufgrund der sehr unterschiedlichen Einzelfallkonstellationen keine Angaben gemacht werden.

Mainz, 27.05.2022

gez.

Dr. Eckart Lensch
Beigeordneter